

# Pressemitteilung



Nr. 40/17 vom 02.10.2017

Sperrfrist: keine

Anzahl der Anschläge: 2.611

Abrufbar unter: [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

## Deutschland braucht neue Einheit für lebenswerte Städte und ländliche Regionen – und eine einheitliche Grunderwerbsteuer

10 **Berlin** – „Unser Land steht fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung vor großen regionalen Unterschieden: In den beliebten Großstädten wird Bauen und Wohnen für Normalverdiener unerschwinglich, während viele ländliche Regionen wegen mangelnder Infrastruktur und Dienstleistungen immer unattraktiver werden. Um eine Spaltung Deutschlands in Boomtowns und Geisterstädte zu verhindern, braucht es in der neuen Legislaturperiode schnell zielführende Lösungen, um annähernd gleichen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland zu kommen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich des morgigen Tages der Deutschen Einheit.

Insgesamt leben 60 Prozent und damit mehr als die Hälfte der Deutschen in Landgemeinden, Kleinstädten und kleineren Mittelstädten bis zu 50.000 Einwohner. 93 Prozent der Fläche Deutschlands werden von diesen Gemeinden jenseits der großen Metropolen eingenommen. „In vielen Kleinstädten und Dörfern besteht jedoch die Sorge, zurückgelassen zu werden. Jobs gehen verloren, junge Leute ziehen weg, die Versorgung mit Einzelhandelsgeschäften und Arztpraxen wird immer dünner. Es geht jetzt darum, gesellschaftlichen Zusammenhalt auch jenseits der Metropolen durch Förderung, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und gesellschaftliche Aufwertung schrumpfender peripherer Räume zu sichern“, so der GdW-Präsident.

20 „Wir brauchen eine neue deutsche Einheit, auch bei der Grunderwerbsteuer“, appellierte Gedaschko mit Blick auf die Preisexplosion beim Wohnungsbau. In den vergangenen Jahren haben sich die Länder hier ein regelrechtes Wettrennen um die höchsten Steuersätze geliefert. Die meisten Bundesländer verlangen mittlerweile Steuersätze von über 5 Prozent, vier Länder sogar Spitzensätze von 6,5 Prozent. „Der Erhöhungswettbewerb der Länder bei der Grunderwerbsteuer ist unsozial“, so der GdW-Chef.

30 „Die Grunderwerbsteuer muss einheitlich wieder auf ein Niveau von maximal 3,5 Prozent zurückgeführt werden. Nur Sachsen und Bayern gehen hier noch mit gutem Beispiel voran“, so Gedaschko. Die übrigen Länder verdienten sich mit der Grunderwerbsteuer eine goldene Nase. So hat Rheinland-Pfalz nach Angaben des dortigen Steuerzahlerverbandes im vergangenen Jahr durch die Grunderwerbsteuer fast 462 Millionen Euro eingenommen – nahezu doppelt so viel wie noch 2007. Damit profitieren die Länder von einer Fehlentwicklung, über die sie sich selbst beklagen: immer höhere Grundstückskosten und immer weniger bezahlbarer Wohnungsbau.

**Das GdW-Fakten-Booklet zum Wohnen jenseits der Metropolen finden Sie [hier](#), die wohnungspolitische Strategie des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW für die neue Legislaturperiode [hier](#).**

40 Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.